



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
KREIS CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Beschlussbuch
Kreisdelegiertenversammlung
der
SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
3.12.2021

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Kontakt

isabel.herrmann@spd.de
Telefon: (030) 86 31 38 75
Telefax: (030) 86 31 38 76

Sprechzeiten: Di 15-17 Uhr | Mi und Do 10- 12 Uhr
Internet: www.spd-citywest.de

Kontoverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE69 1005 0000 0190 7189 51
BIC: BELADEVXXX

Inhaltsverzeichnis

Antrag 3/4/2021 - Flüchtlingspolitik in der EU – Geflüchtete schützen, Menschenrechte durchsetzen.....	1
Antrag 5/4/2021 - Digital-ökologische Transformation sozial abfedern	1
Antrag 6/4/2021 - Datensichere parteiinterne Kommunikation	2
Antrag 7/4/2021 - ICC wieder öffnen – den Verfall stoppen	2
Antrag 8/4/2021 - Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Familie: ein herzliches Willkommen für Kinder in unserer Partei.....	2
Antrag 11/4/2021 - Unverfallbarkeit von Versorgungsansprüchen regeln	2
Antrag 12/4/2021 - Resolution:.....	3

Antrag 3/4/2021 - Flüchtlingspolitik in der EU – Geflüchtete schützen, Menschenrechte durchsetzen

Der SPD-Landesparteitag in Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene sowie in der EU werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Umgang mit Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und nach deren Erstaufnahme in die EU endlich wieder den Grundwerten und Menschenrechten in der EU entspricht.

Wir bekennen uns zur humanitären Verantwortung, die sich aus dem Grundgesetz, aus der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der Europäischen Menschenrechtskonvention ergibt.

Aus diesem Grund werden sich SPD-Politiker*innen auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass

- a) Geflüchteten ihr Grundrecht, in der EU Asyl zu beantragen gesichert wird
- b) Geflüchtete an den Außengrenzen der EU nicht länger von Kidnapping und gewaltsamer Verschleppung aus der EU durch einzelne EU-Staaten oder dort geduldeter Dritter wie in Kroatien, Polen und zeitweilig Griechenland – verniedlicht unter dem Begriff „Push-Back“ – bedroht sind.
- c) Geflüchtete nicht länger unter menschenunwürdigen Bedingungen in überfüllten Lagern interniert werden, weil das Aufnahmeland angeblich nicht in der Lage ist, innerhalb weniger Monate die Asylanträge Geflüchteter zu prüfen und über deren weiteren Aufenthalt in der EU zu entscheiden.
- d) Geflüchtete zur Entlastung von Partnerländern mit EU-Außengrenzen auch verstärkt in Deutschland, dem wirtschaftlich stärksten Staat in der EU aufgenommen werden.
- e) Der Aufbau von Zäunen und Mauern sowie vergleichbaren Grenzanlagen an den EU-Außengrenzen ebenso wenig wie zwischen EU-Staaten akzeptiert wird. Dazu gehört, solche Anlagen weder von Deutschland noch aus Mitteln der EU finanziell zu unterstützen.
- f) schnellstmöglich eine gemeinsame EU-Migrationspolitik entwickelt wird
- g) Deutschland und die EU erheblich mehr finanzielle Mittel dafür aufbringen, in den Herkunftsländern der Geflüchteten nicht nur Flüchtlingsrouten zu unterbrechen, sondern dort konkret die Lebensbedingungen für die Menschen zu verbessern.

Antrag 5/4/2021 - Digital-ökologische Transformation sozial abfedern

Der SPD-Landesparteitag in Berlin möge beschließen:

Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks- und Landesebene werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die unbestritten notwendige digital-ökologische Transformation in Berlin nicht zu Lasten der sozial Schwächeren umgesetzt wird.

Neben verstärkten Bemühungen für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist vor allem darauf zu achten, dass Klima- Ressourcenschutz- und Nachhaltigkeitsziele weniger mit marktbasierter Instrumenten – also über den Preis – sondern vornehmlich über ordnungsrechtliche Maßnahmen, die alle Bürger:innen in gleicher Weise beeinflussen, erreicht werden. Ökologische Ziele dürfen nicht überwiegend auf Kosten einkommensschwächerer Haushalte erreicht werden, die i.d.R. deutlich weniger als Besserverdienende zur Umweltbelastung beitragen.

Sozialdemokratische Landes- und Bezirkspolitiker:innen werden deshalb aufgefordert, bei jeder Maßnahme für Klima- und Ressourcenschutz sowie Nachhaltigkeitsziele nachzuweisen, dass eine soziale Gleichbehandlung der Berliner Bürger:innen gewährleistet ist.

Der Landesvorstand der Berliner SPD wird aufgefordert, beim Landesverband einen Fachausschuss zum Thema „Sozial-ökologische Transformation“ einzurichten, der sich speziell mit der Entwicklung sozialverträglicher Maßnahmen zur Transformation beschäftigt. An diesem Fachausschuss sollen u.a. die FAs IV, VIII, IX und X sowie vergleichbare Initiativen auf Bezirksebene beteiligt werden.

Antrag 6/4/2021 - Datensichere parteiinterne Kommunikation

In den nächsten Jahren soll die parteiinterne Kommunikation der SPD auf alternative soziale Medien, wie z.B. Threema und Signal setzen, die mehr Datensicherheit und keinen Datenaustausch mit Dritten anbieten.

Antrag 7/4/2021 - ICC wieder öffnen – den Verfall stoppen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das ICC soweit instandgesetzt wird, dass dort wieder Veranstaltungen verschiedenster Art möglich sind. Das Haus soll wieder für ein breites Publikum zugänglich werden.

Antrag 8/4/2021 - Vereinbarkeit von bürgerschaftlichem Engagement und Familie: ein herzliches Willkommen für Kinder in unserer Partei

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf verpflichtet sich zu dem Grundsatz, dass Kinder jeden Alters bei den Mitgliederversammlungen, Veranstaltungen, politischen Gremien oder ähnliches der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf herzlich willkommen sind. Darüber hinaus wird bei kreisweiten Mitgliederversammlungen oder Kreisdelegiertenversammlungen immer eine Kinderbetreuung angeboten.

Antrag 11/4/2021 - Unverfallbarkeit von Versorgungsansprüchen regeln

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, Initiativen zu ergreifen, um im Landesbeamtenversorgungsgesetz (LBeamVG) ein sog. Altersgeld einzuführen, damit wie schon in anderen Ländern, anteilig erworbene Versorgungsansprüche erhalten bleiben, wenn Beamte auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden.

Bereits 1974 wurde auf Initiative der SPD geregelt, dass Arbeitnehmer den Anspruch auf Betriebsrente grundsätzlich nicht verlieren, wenn sie den Arbeitgeber wechseln (§ 1b Absatz 1 Betriebsrentengesetz). Seitdem können Arbeitgeber das Kündigungsrecht der Arbeitnehmer nicht mehr durch den Verlust der Betriebsrentenanwartschaft (sog. Goldener Zügel) erschweren. Eine entsprechende Regelung für die Beamtenversorgung gilt bereits für die Mehrzahl der Beamten, nämlich in den Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein sowie eingeschränkt beim Bund und in Mecklenburg-Vorpommern. Dadurch können Beamte ihr bestehendes Recht auf jederzeitige Entlassung ohne übermäßige Nachteile wahrnehmen. Denn bei der sonst erfolgenden Nachversicherung in der Rentenversicherung entfällt ersatzlos der darüber hinausgehende Teil der Beamtenversorgung, der quasi die Betriebsrente darstellt. Deshalb soll auch das Berliner Landesbeamtenversorgungsgesetz erweitert werden um einen Abschnitt mit der Bezeichnung „Altersgeld“. Dies gilt nicht bei Entfernung aus dem Dienst durch Disziplinarurteil (§ 10 Bundesdisziplinargesetz, § 41 Disziplinargesetz Berlin) oder dem Verlust der Beamtenrechte aufgrund eines Strafurteils (§ 24 Absatz 1 Beamtenstatusgesetz, § 35 Landesbeamtenengesetz). Die Neuregelung stellt zugleich einen weiteren Schritt dar, um den Beamtenstatus fortzuentwickeln zu einem normalen Arbeitsverhältnis, soweit Abweichungen davon nicht verfassungsrechtlich zwingend sind, was als grundsätzliches Ziel unserer Partei anzusehen ist. Ein aktuelles Beispiel dafür war schon der in Berlin 2020 und vorher in anderen SPD-geführten Ländern neu eingeführte Beitragszuschuss für Beamte, die sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern, wobei es sich nur um einen ersten Schritt handeln kann, um die gesetzliche Krankenversicherung auf Beamte zu erstrecken (sog. Bürgerversicherung), sobald dies erreichbar erscheint.

Hinzu kommen europarechtliche Verpflichtungen. Nach dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) vom 13. Juli 2016 „müssen deutschen Beamten, die auf ihren Status verzichtet haben, um eine ähnliche Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat als der Bundesrepublik Deutschland auszuüben, ebenfalls Ruhegehalts- bzw. Altersrentenansprüche

zustehen, die jenen vergleichbar sind, die sie bei ihrem ursprünglichen Dienstherrn erworben hatten.“ (Rechtssache „Pöpperl“ C 187/15, Rdnr. 49). Entgegenstehendes nationales Recht, das nur eine beschränkte Nachversicherung vorsieht, darf nicht angewendet werden (Rechtskräftiges Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 26. Februar 2018 - 23 K 6871/13, Rdnr. 67). Wegen der beschränkten Befugnisse der Europäischen Union gilt diese Rechtslage allerdings nur für Beamte, die im nichthoheitlichen Bereich tätig waren, z. B. als Lehrer.“

Antrag 12/4/2021 - Resolution:

Während die Genossinnen und Genossen der Berliner SPD in den letzten Wochen geschlossen für gute Ergebnisse auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene kämpften, haben sich die Genossen Bezirksbürgermeister a.D. Heinz Buschkowsky und Bezirksbürgermeister a.D. Stefan Komoß gegenüber der SPD parteischädigend verhalten.

Stefan Komoß hat in einer halbseitigen Anzeige in der Berliner Zeitung als „Ehemaliger SPDBezirksbürgermeister

Marzahn Hellersdorf“ dazu aufgerufen mit der Erststimme Mario Czaja (CDU) zu wählen.

Heinz Buschkowsky hat in seiner Radio-Kolumne „Klein, rund, bissig!“ im Berliner Rundfunk die kandidierenden Genoss:innen Franziska Giffey, Andreas Geisel, und Michael Müller mehrfach diffamiert.

So sagte er beispielsweise über Innensenator Andreas Geisel am 17.9.2020 in Bezug auf dessen Bemühen um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria „Ich befürchte dieser Mann glaubt das wirklich. Ist das nicht furchtbar, dass da völlig die Selbsteinschätzung verloren gegangen ist? Das ist wirklich ein medizinisches Problem.“

Über die Wahl von Michael Müller als Spitzenkandidaten der Berliner SPD für den Bundestag äußerte sich Buschkowsky u.a. am 15.4.2021: „Jeder weiß, dass es kein Spitzenmann mehr ist. Michael Müller ist nun mal ausgebrannt. Er dreht hohl. (...) Also Michel Müller den Berlinerinnen und Berlinern als Spitzenmann zu präsentieren, das ist schlicht und ergreifend eine Lachkarte und die SPD hat sich damit keinen Gefallen getan.“

Über Franziska Giffey behauptet er wiederum am 26.8.21, also genau einen Monat vor der Wahl, sie wäre zweimal „des offensichtlichen Betruges überführt worden“ und kritisiert ihre Kandidatur als „Werteverlust“ und „Kulturlosigkeit“. Dies sei „ehrenrührig“ und sie hätte nun auf die Kandidatur verzichten müssen.

Darüber hinaus hat Heinz Buschkowsky Kandidat*innen der CDU auf Plakaten und bei Veranstaltungen beworben (u.a. Stephanie Bung in Wilmersdorf-Süd)

Zu beachten ist, dass die Genossen Buschkowsky und Komoß sich ausdrücklich als Mitglieder der SPD und ehemalige Amtsinhaber äußern und das Renommee dieser Ämter nutzen, um ihren Äußerungen mehr Nachdruck und Gewicht zu verleihen.

Dieses Verhalten ist als Wahlkampf gegen die eigene Partei und konkrete Kandidat*innen zu verstehen und somit parteischädigend.

KDV

Wir fordern den Landesvorstand der Berliner SPD auf wegen dieses parteischädigenden Verhaltens, ein Parteiordnungsverfahren gegen die Genossen Heinz Buschkowsky und Stephan Komoß einzuleiten.